

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Christoph Hartmann (Homburg), Birgit Homburger, Michael Kauch, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Dieter Thomae, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing und der Fraktion der FDP**

### **Zu der Empfehlung der EU-Kommission über Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die EU-Kommission hat für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei plädiert und sie im Charakter als ergebnisoffen beschrieben. Diesem Vorschlag schließt sich der Deutsche Bundestag an. Er nimmt die Kommission beim Wort.

Es geht gegenwärtig um eine Entscheidung über Beitrittsverhandlungen, nicht um einen Beitritt selbst. Erst am Schluss von Verhandlungen kann die Entscheidung über die Aufnahme, die Ablehnung oder auch eine differenzierte Position stehen.

Die Europäische Union wäre in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht in der Lage, die Türkei aufzunehmen, und umgekehrt wäre die Türkei in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht beitriffsfähig. Die Europäische Union würde sich nach den Beitritten der mittel- und osteuropäischen Staaten jetzt mit einem Beitritt der Türkei überfordern. Obwohl in der letzten Zeit deutliche Fortschritte in der Gesetzgebung gemacht wurden, hat die Türkei ausweislich des Kommissionsberichts noch genügend in der gesellschaftlichen Durchsetzung und wirklichen Realisierung der bisher eingeleiteten Reformen zu tun. Das betrifft vor allem den Schutz von Minderheiten, die Religionsfreiheit, den Vorrang des Zivilen vor dem Militärischen, die endgültige Einstellung jeglicher Form von Folter.

Wenn der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschließt, wird ein langjähriger Verhandlungsprozess beginnen. In diesem Prozess muss sich auch die Europäische Union reformieren, um ihre Integrationsdynamik beizubehalten, ohne selbst zu einer „Freihandelszone de luxe“ zu werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Kommission beim Wort zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ergebnisoffen geführt werden;

2. dafür zu sorgen, dass der auch im Kommissionsbericht geforderte Monitoring-Prozess über die Umsetzung und nachhaltige Erfüllung der politischen Beitrittskriterien mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen wirklich eingeleitet wird;
3. in diesen Monitoring-Prozess neben Kommission und Rat unbedingt auch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsländer und das Europäische Parlament einzubeziehen und damit zu gewährleisten, dass auch die europäischen Gesellschaften aktiv in den Verhandlungsprozess über einen Beitritt der Türkei eingebunden werden.

Berlin, den 27. Oktober 2004

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**